

Inhaltsverzeichnis

AK-Forderung nach gemeinnütziger Leasinggesellschaft ist "Low Job GmbH"!	Seite 2
BO Amann zur Gesundheitsreform: Widerstand der Arbeitnehmer ist lächerlich.	Seite 2
WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn: Lohnnebenkosten endlich senken!	Seite 3
Krenn zu Biosprit: Fördermittel für Solarenergie und Photovoltaik umschichten.	Seite 3
BO Amann begrüßt Ausbau der Wasserkraft	Seite 4
BO Amann: Grüne wollen mit Ökosteuerreform den Mittelstand zusätzlich zur Kasse bitten!	Seite 4
RFW-OÖ: Bagatellsteuern behindern Wirtschaft - daher abschaffen!	Seite 5
RFW-OÖ: Ausbau der Wasserkraft anstatt Monopol auf Solarenergie	Seite 5
RFW-OÖ: EU-Kommission bestätigt RFW-Kritik	Seite 5
RFW-Salzburg: Sozialpolitik á la Rot und Schwarz ist "Glückspiel"!	Seite 6
RFW-Salzburg: WK-Salzburg erteilt Vermögenszuwachssteuer einhellige Abfuhr!	Seite 6
RFW-Vorarlberg: Elektronische Verzollung wird weiter behindert!	Seite 7
RFW-Vorarlberg: Wirtschaft darf nicht zum Spielball des Tiroler Wahlkampfes werden!	Seite 7
RFW-Kärnten: Ehrenurkunde an Stadtrat Albert Gunzer	Seite 7
RFW-Wien: Initiative von VP Karl Ramharter - Ein Herz für behinderte Kinder	Seite 8
RFW-Steiermark: Terminviso "Fairness für die Wirtschaft" mit NAbg. Bernhard Themessl.	Seite 8

Mehr Informationen finden Sie auf unserer Homepage - www.rfw.at
Interesse an Eintragungen in das elektronische Branchenverzeichnis des RFW?
Mail an reinsperger@rfw.at bzw. 01/4082520-16



AK-Forderung nach gemeinnütziger Leasinggesellschaft ist "Low Job GmbH"!**Utl.: Die AK reagiert mit fünfjähriger Verspätung!**

Mit ihrer Forderung nach einer gemeinnützigen Arbeitsleasinggesellschaft, welche minder qualifizierte Mitarbeiter an Betriebe vermittelt, hat die AK-Vorarlberg die RFW-Forderung aus dem Jahre 2003 nach einer „Low Job GmbH“ übernommen, so der RFW-Bundesobmann und freiheitliche Wirtschaftssprecher im Vorarlberger Landtag, KO Ing. Fritz Amann, in einer ersten Reaktion.

Amann dazu: „Wie sooft ist durch schwarze Untätigkeit und Blockadepolitik wertvolle Zeit verstrichen, in der man innovative Weichen für die Zukunft stellen hätte können. Wie von mir schon vor 5 Jahren aufgezeigt und mit einem praktikablen Modell der „Low Job GmbH“ präsentiert, hat es sich wieder einmal gezeigt, welche Chance man nicht genutzt hat. Als Praktiker, der mit beiden Beinen im Wirtschaftsleben steht und sich dem täglichen harten Wettbewerb stellen muss, habe ich auch keine Studie zur Arbeitssituation gebraucht, sondern aufgrund der schon damals erkennbaren tatsächlichen Gegebenheiten ein Modell zur Lösung des Problems entwickelt. Das unterscheidet Praktiker von

Theoretikern, besonders aber Wirtschaftstreibende von Arbeitnehmervertretern wie Gewerkschaft und AK.“

Er, Amann sei vor allem darauf gespannt, ob der großmundigen Ankündigung von AK-Präsident Hämmerle auch Taten folgen werden. Es ist nämlich fraglich, ob er den Landeshauptmann von dem Modell überzeugen kann, denn ohne öffentliche Finanzierung läuft gar nichts. Erfreulich aber für ihn sei die Tatsache, dass die AK diesmal nicht die Wirtschaft bekämpft und in den Unternehmern die Sündenböcke für die Probleme am Arbeitsmarkt sieht, sondern einen konstruktiven Beitrag - auch wenn er nur abgekupfert wurde - im Sinne der Gesamtwirtschaft einbringt, so der RFW-Bundesobmann, KO Ing. Fritz Amann, abschließend.



OTS-Meldung, 14.5.2008

BO Amann zur Gesundheitsreform: Widerstand der Arbeitnehmer ist lächerlich!**Utl.: Hauptverband der Sozialversicherung als Holding macht Sinn!**

Dass es im Zuge der Gesundheitsreform zu einer Gleichstellung der Unternehmer und Arbeitnehmer in den Gremien der neuen Holding des Hauptverbandes der Sozialversicherung kommen soll, ist längst überfällig, so der RFW-Bundesobmann und freiheitliche Wirtschaftssprecher, KO Ing. Fritz Amann in einer Aussendung.

Amann dazu: „Es ist höchste Zeit, dass die Wirtschaft als „der Beitragzahler“ in die Sozialkassen endlich mehr Mitspracherechte bekommt, denn nur so wird betriebswirtschaftlich vernünftige Führung garantiert werden können. Unternehmer sind bekanntlich sorgfältiger im Umgang mit Geldern der Versicherten als etwa Gewerkschafter und Arbeitnehmervertreter. Das zeigt am besten das Beispiel der Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft, die seit Jahren Überschüsse erzielt.“

Auch die Vorkommnisse in der AUVA, wo die Wirtschaft allein für die Beiträge aufkommt und seit Jahren die Überschüsse zweckentfremdet wurden, beweisen, dass die Reform des Hauptverbandes mit mehr Mitspracherecht der Unternehmen dringend notwendig

ist. Daher begrüße er die Entscheidung der Sozialpartner in diese Richtung, so Amann.

Wenig Verständnis habe er für den nunmehrigen Aufschrei einiger Gewerkschaftsvertreter wie ÖAAB-Chef Neugebauer oder dem roten Bundessekretär der Gewerkschaft Metal Textil Nahrung, Karl Haas, die beide von einer Demontage des Systems reden und die Selbstverwaltung in Gefahr sehen. In Gefahr sehe er die künftige Rolle der Sozialpartnerschaft, wenn seitens des ÖGB Vereinbarungen - kaum sind sie getroffen - sofort wieder gebrochen werden. Damit zeigt die Gewerkschaft einmal mehr, dass sie kein Partner der Wirtschaft ist und sich nicht an der Sanierung der maroden Kassen beteiligen will.

Lieber hält man an alten gescheiterten Modellen und Posten fest, als sich im Sinne der Versicherten positiv einzubringen und das ist das Verwerfliche dieser Aktion, die immerhin dazu geführt hat, dass die Bundes-ÖVP wieder einmal weiche Knie bekommt und sich in Geiselhaft der Gewerkschaft begibt, so der RFW-Bundesobmann KO Ing. Fritz Amann, abschließend.

OTS-Meldung, 9.5.2008

WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn: Lohnnebenkosten endlich senken!

Utl.: Unternehmer entlasten - Wirtschaftsstandort stärken!

Die Steuereinnahmen sind laut Medienberichten im ersten Quartal dieses Jahres stark gestiegen - um satte 6 Prozent oder 818 Millionen Euro gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres flossen in die Staatskasse: „Diese Abzocker-Regierung muss endlich gebremst werden! Die Belastungen für die heimischen Wirtschaftstreibenden - aber auch für die unselbständigen Erwerbstätigen - können unmöglich so weiter gehen“, bezieht Matthias Krenn, WKÖ-Vizepräsident und stellvertretender Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher und unabhängiger Wirtschaftstreibender (RFW), zu den veröffentlichten Zahlen Stellung.

So brachte beispielsweise die Lohnsteuer in den ersten drei Monaten 2008 fast 4,9 Milliarden Euro in die Staatskasse, war also mit 8,4 Prozent deutlich stärker im „Plus“ als die Zuwächse bei den Nettoeinkommen.

Aber auch die Unternehmer wurden mehr als über Gebühr zur Kasse gebeten: „Die Körperschaftssteuer stieg im Vergleich zum Vorjahresquartal gleich um 16 Prozent auf 1,12 Milliarden Euro - eine nicht weiter zu akzeptierende Abzockerei“, so WKÖ-Vizepräsident Krenn. Aber damit nicht genug!

Brachte auch noch die Mineralölsteuer um 661 Millionen Euro mehr ein: „Das trifft zum Großteil auch die heimischen Selbständigen, wie Vertreter, Transporteure oder ähnliches, die hier gleich noch einmal die Staatskassen mit ihrem schwer verdienten Geld aufbessern dürfen.“



Auf eine ordentliche Entlastung - und damit auch eine Standortsicherung für Österreich - dürfen sich die Unternehmer, so wie es aussieht, nicht freuen: „Die kolportierten 2,7 Milliarden Euro Entlastung, welche Molterer für die Steuerreform 2010 angekündigt, sind angesichts dieser frappanten Mehreinnahmen ein Witz“, so Matthias Krenn weiter in seinen Ausführungen: „Wir vom RFW werden uns verstärkt im Zuge der Steuerreform dafür einsetzen, dass die österreichischen Unternehmer auch ausreichend und mit nachhaltigem Effekt entlastet werden!“

OTS-Meldung, 7.5.2008

Krenn zu Biosprit: Fördermittel für Solarenergie und Photovoltaik umschichten!

Utl.: Forcierte Biospritproduktion ist ein ausgemachter Unsinn!

Die geplante Ökostromnovelle, welche morgen den Ministerrat passieren soll, bringt auch die Diskussion rund um die Sinnhaftigkeit der Förderung des Biosprits wieder ins Rollen. Der Anbau von Pflanzen, wie beispielsweise Mais, aus dem dann der umstrittene Biosprit hergestellt werden kann, wird von der europäischen Union nach wie vor extrem forciert und durch zusätzliche Förderungen unterstützt. Sehr kritisch steht WKÖ-Vizepräsident und stellvertretender Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Unabhängiger (RFW), Matthias Krenn, dem Boom bei Bio-Treibstoffen gegenüber:

„Aus einschlägigen Studien geht hervor, dass Biodiesel aus Raps und Bioethanols aus Mais in Summe klimaschädlicher ist als normaler Treibstoff. Darüber hinaus treibt die Herstellung von Biosprit auch noch die Lebensmittelpreise in die Höhe. Genug Gründe vom Ziel einer 10%-Beimischung endlich abzurücken und die Fördergelder, die bisher in das Projekt Biosprit geflossen sind, endlich für sinnvolle Alternativenergien, wie Solarenergie oder Photovoltaik freizugeben und einzu-

setzen“, fordert Krenn in einer Aussendung.

Nicht nur, dass die Produktion von Bio-Treibstoffen den Welthunger verschärft, ist Biosprit auch noch schädlicher für das Klima als fossile Treibstoffe: „Es ist dringend an der Zeit, dass sich die Politik, national und EU-weit, auf die Hinterbeine stellt und sich nicht von der Agrarwirtschaft in die Mangel nehmen lässt, sondern endlich sinnvolle Alternativenergien ausreichend finanziell unterstützt“, so Vizepräsident Krenn weiter in seinen Ausführungen.

Nur so, ist sich WKÖ-Vizepräsident Krenn sicher, kann einer enormen Lebensmittelknappheit entgegengewirkt werden und kommen sinnvollere Alternativenergien, die auch wirklich etwas zum Umweltschutz beitragen, endlich zum Zug: „Die Frage sollte meiner Meinung nicht lauten, Teller oder Tank, sondern beides sollte auch in Zukunft so gut und umweltfreundlich als möglich zur Genüge gefüllt werden können“, so Vizepräsident Krenn abschließend.

OTS-Meldung, 29.4.2008

BO Amann begrüßt Ausbau der Wasserkraft!**Utl.: Ausbaupotenzial von 13.000 Gigawatt als Standortsicherungsgarantie!**

Die Realisierung des vorhandenen Ausbaupotentials der heimischen Wasserkraft hat für den RFW oberste Priorität, so der RFW-Bundesobmann und freiheitliche Wirtschaftssprecher, KO Ing. Fritz Amann. Damit kann die österreichische Energiepolitik die alte RFW-Forderung nach Energiesicherheit als Standortgarantie im Sinne des Klimaschutzes künftig sicherstellen.

Amann dazu: Während die Grünen mit ihrer Verhinderungspolitik große Wasserbauprojekte bisher verhinderten, hat der RFW seine Kernkompetenz in umweltfreundlicher Energiepolitik durch Forderungen wie Ausbau der Donau oder Unteren III in Vorarlberg immer wieder unter Beweis gestellt. Aber auch in Sachen alternativer Wasserkraft war der RFW immer innovativer als die politischen Mitbewerber. Die Förderung von Trinkwasserkraftwerken etwa geht auf meine Forderung zurück. Dank persönlichem Einsatz konnte die öffentliche Hand von der Sinnhaftigkeit dieser Förderung überzeugt werden.

Eine Erhöhung der Wasserkraft von derzeit 58 auf 69 Prozent am Stromverbrauch wird seitens des RFW begrüßt, denn damit können weiterhin die hochgesteckten Klimaschutzziele verfolgt werden. Wasserkraft ist nämlich eine der wenigen

Stromerzeugungsformen, die keinen CO₂ Ausstoß zu kompensieren hat. Somit bietet sie dank ihrer Erzeugungskapazitäten den effizientesten Beitrag zur tatsächlichen Reduzierung des nationalen CO₂ Ausstoßes, betonte der RFW-Bundesobmann.

Dass die heimische E-Wirtschaft an der Realisierung dieses Potentials interessiert ist und bis zum Jahr 2020 ein Investitionsprogramm von rund 8,4 Mrd. Euro plant, hilft nicht nur der Umwelt, sondern auch der Gesamtwirtschaft, die an diesem Investitionsvolumen mitpartizipieren kann. Das werte er als positiven Nebeneffekt der Zielsetzung der Anhebung des Anteils der erneuerbaren Energien auf 34 Prozent. Daher freue ihn auch das Umdenken der WKÖ-Spitze, denn dort hat man noch letztes Jahr seitens des Wirtschaftsbundes den RFW-Antrag des Kollegen Ing. Wolfgang Klinger aus OÖ nach Ausbau des Wasserkraftpotentials der Donau abgelehnt, so der RFW-Bundesobmann und FP-Wirtschaftssprecher, KO Ing. Fritz Amann, abschließend.



OTS-Meldung, 6.5.2008

BO Amann: Grüne wollen mit Ökosteuerreform den Mittelstand zusätzlich zur Kasse bitten! Utl.: Paradebeispiel für unseriöse Belastungspolitik!

„Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes machen die GRÜNEN wieder einmal gegen Autofahrer, den Mittelstand, die kleinen Pensionisten und die Masse der Bezieher von kleinen Einkommen mobil. Höhere Energiekosten bringen auch höhere Belastungen für diese Gruppen. Die Ökosteuer ist nicht nur ein alter Hut, sondern ein Paradebeispiel für die unseriöse Belastungspolitik der Grünen. Wer so weit weg ist von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realität und die Alltagsorgen der Menschen derart ignoriert, der sollte besser schweigen“, reagiert der RFW-Bundesobmann und freiheitliche Wirtschaftssprecher im Vorarlberger Landtag, Ing. Fritz Amann, auf die „Vorstellung“ der ökosozialen Steuerreform durch Grünen-Klubobmann Rauch.

Amann dazu: „Eine Verteuerung von Treibstoffen und Energie wird wieder einmal den Mittelstand treffen. Wir sehen den Klimaschutz als Chance für unsere Klein- und Mittelbetriebe, indem sie Innovationen im Bereich der erneuerbaren Energien entwickeln. Nur so können wir die Klimaschutz-Ziele erreichen und nicht durch

eine überzogene Besteuerung von Energie oder Benzin. Gerade die tausenden Pendler, die zur Erhaltung ihrer Familien auf ihr Fahrzeug angewiesen sind, müssen durch eine Steuerreform entlastet und nicht zusätzlich zur Kasse gebeten werden.“

In der Frage des Klimaschutzes müsse nach Ansicht von Amann auf eine Sanierungsoffensive des Altbestandes gesetzt und ein System des Förderns und Belohnens etabliert werden: „Wir wollen nicht von oben herab verordnen, sondern die Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Bürger unterstützen.“

Abschließend betont Amann, dass eine Steuerreform auf einer Entlastung der Familien und des Mittelstandes basieren müsse: „Um den Mittelstand aus der derzeitigen Steuerfalle zu befreien, brauchen wir eine verbreiterte Neuordnung der Tarifstufen, die Berücksichtigung der Familiengröße bei der Besteuerung ebenso wie eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel, Medikamente und Energie.“

OTS-Meldung, 30.4.2008

RFW-Oberösterreich: Bagatellsteuern behindern Wirtschaft - daher abschaffen!**Utl.: LO Ing. Wolfgang Klinger fordert Maßnahmen gegen Bürokratie!**

Bagatellsteuern, also Steuern, deren Eintreibungsaufwand höher als deren Ertrag sind, behindern die Wirtschaft. "Luftsteuer, Lustbarkeitsabgabe, Feuer-schutzsteuer, Gesellschaftssteuer und wie sie alle heißen mögen, behindern die Wirtschaft. Jede Steuer zieht Bürokratie nach sich, denn jede einzelne Steuer hat ihre eigenen Formulare und Bestimmungen.

Wir brauchen ein einfaches Steuersystem, welches den Bürokratieaufwand für die Unternehmen und Bürger so klein wie möglich hält," so der Landesobmann des RFW-Oberösterreich, Ing. Wolfgang Klinger.

Es sei nicht nur über den Bürokratieabbau zu reden,

sondern endlich damit zu beginnen! Als wichtige Maßnahme fordere der RFW daher die Abschaffung dieser Bagatellsteuern. Damit könnte einerseits die Wirtschaft wirkungsvoll entlastet werden, andererseits sei kein negativer Budgeteffekt zu erwarten, da der Eintreibungsaufwand bisher auch schon sehr hoch sei, so Klinger abschließend.



Oberösterreich, 9.5.2008

RFW-Oberösterreich: Ausbau der Wasserkraft**Utl.: Koppelung der Wohnbauförderung an Solarenergie führt zu Monopol!**

Die Wohnbauförderung ist in Oberösterreich künftig an den Einbau von Solaranlagen gebunden, dies hat die Landesregierung beschlossen. Ab Inkrafttreten der Verordnung muss im mehrgeschoßigen Wohnbau und ab 1. Jänner 2009 beim Bau von Eigenheimen eine wassergeführte thermische Solaranlage eingebaut werden, wenn man in den Genuß einer Wohnbauförderung kommen will. "Unter dem Deckmantel Energieeffizienz und Klimaschutz hat man nun der Sonnenenergie eine Monopolstellung zukommen lassen. Eine unfaire Behandlung all jener, die Erdwärme oder eine andere Form alternativer Energiegewinnung in ihr Projekt einbauen wollen," so der Landesobmann des RFW-OÖ., Ing. Wolfgang Klinger. Diese Regelung hat enorme Auswirkungen auf die Betriebe, weil den Anbietern anderer Energieformen die wirtschaftliche Basis entzogen wird. Die Bevorzugung nur einer Art der alternativen

Energiegewinnung durch öffentliche Mittel ist eine Groteske und ist auch aus Sicht der Energieeffizienz abzulehnen. "Jedes Bauprojekt hat seine spezifischen Bedürfnisse und Möglichkeiten. Von vornherein per Richtlinie zu bestimmen, dass überall Solarenergie verwendet werden muss, ist Nonsens", so Klinger.

Klinger bekennt sich zum Klimaschutz bei der Gewinnung von Strom. Erster Schritt ist ein Ausbau der saubersten Energiegewinnung, der Wasserkraft. Die Energiegewinnung aus Wasserkraft erfülle die Anforderungen im Sinne der Nachhaltigkeit, sowohl in ökologischer, wirtschaftlicher als auch sozialgesellschaftlicher Hinsicht. "Es ist unverständlich, dass wir diese Ressourcen in Österreich nicht raschest nützen," so Klinger abschließend.

Oberösterreich, 9.5.2008

RFW-Oberösterreich: EU-Kommission bestätigt RFW-Kritik an Budgetpolitik**Utl.: Mehreinnahmen müssen zur Finanzierung einer Steuerreform angespart werden!**

Bestätigt durch die EU-Kommission sieht der FPÖ-Budgetsprecher und RFW-OÖ Landesobmann-Stellvertreter, NAbg. KommRat Alois Gradauer, die Kritik an der Budgetpolitik in Österreich. Diese vermisst weitere Konsolidierungsmaßnahmen. "Immer wieder wird von außen unsere Kritik an der Budgetpolitik dieser Bundesregierung bestätigt. Leider ändert das auch nichts an der Verschwendungspolitik dieser Regierung", so Gradauer.

Gradauer verwies in diesem Zusammenhang auf den 1. Quartalsbericht für Jänner bis März 2008, wonach es wieder überplanmäßige Ausgaben von 1,676 Mrd. Euro gab. "Freilich gab es auch überplanmäßige Mehreinnahmen, aber diese fallen leider geringer aus und müssten zur Finanzierung der Steuerreform ange-

spart werden", betonte Gradauer. Zudem hätten die Mehreinnahmen der vergangenen Jahre angespart werden müssen, "um ein wirkliches Entlastungspaket im Zuge einer Steuerreform finanzieren zu können. Aber da sehe ich leider Schwarz. An die versprochene Steuerreform ohne Gegenfinanzierung und ohne neue Schulden glaube ich nicht", so Gradauer. Nachsatz: "Das prognostizierte geringere Wirtschaftswachstum wird das auch nicht gerade erleichtern."

Bereits 2007 - bei Hochkonjunktur - sei es dem Finanzminister gelungen, "den Großteil der nicht budgetierten Mehreinnahmen von 3,8 Mrd. Euro durch nicht budgetierte Mehrausgaben von 2,8 Mrd. Euro auch gleich wieder auszugeben", erinnerte Gradauer.

OTS-Meldung, 29.4.2008

RFW-Salzburg: Sozialpolitik á la Rot und Schwarz ist "Glücksspiel"!**Utl.: Die Umgestaltung der "Abfertigung neu" zur 2. Pensionssäule ist wichtiger denn je!**

Utopisch sei der jüngste Reformvorschlag zur Pensionsversicherung von Sozialminister Buchinger, konstatierte der Vizepräsident der Wirtschaftskammer Salzburg, KommR Helmut Haigermoser, Landesobmann des RFW-Salzburg. Haigermoser dazu: „Das Gezerre um die Pensionsversicherung zwischen den Koalitionspartnern zeige, wie dramatisch die Situation tatsächlich ist. Während BM Bartenstein auf eine automatisierte moderate Pensionsanpassung setzt, baut der Sozialromantiker Buchinger auf eine ausgedehnte Zuwanderung, um die künftigen Pensionsansprüche bedienen zu können.“

Das derzeitige Umlageverfahren sieht vor, dass die Pensionsbeiträge - durchschnittlich Euro 280,00 pro Erwerbstätigen - von 3 Erwerbstätigen im Mai einbezahlt und im Juni an 1 Pensionisten ausbezahlt wird. Die demografische Entwicklung zeigt, dass dieses Umlagesystem einer zunehmenden Schiefelage, deren Kippen unausweichlich ist, unterliegt. Die Prognosen laut Statistik Austria für 2030 zeigen ein Verhältnis der unter 60-Jährigen zu den älteren von 1,8:1!

Das ständige Kauderwelsch, welches hier von den Regierenden abgeführt wird, ist reine Zeitverschwendung, ein Ignorieren der Tatsachen, Verantwortungs-

losigkeit gegenüber der Generation bis 50 und kann summa summarum nur als „Pensionslüge“ bezeichnet werden.“

Der RFW-Salzburg fordert daher die Umgestaltung der „Abfertigung neu“ hin zu einer echten 2. Pensionssäule. Aufgrund der derzeitigen Gestaltung - Abfertigungsanspruch ab dem 3. Jahr und bei Wechsel des Arbeitsverhältnisses können die Ansprüche zur Gänze bezogen werden - liegt die Veranlagung bedingt durch die tägliche Verfügbarkeit in den Mitarbeitervorsorgekassen (MVK) mit 1,84 Prozent weit unter dem Inflationsniveau. Das Modell des RFW-Salzburg sieht vor, die Möglichkeit der vorzeitigen freien Entnahme zu streichen. Damit könnten die einbezahlten Gelder wesentlich besser veranlagt werden und am Ende des Erwerbsleben könnte der Betroffene über eine sichere zweite Pension frei verfügen, so Haigermoser abschließend.



OTS-Meldung, 9.5.2008

RFW-Salzburg: WK-Salzburg erteilt Vermögenszuwachssteuer einhellige Abfuhr!**Utl.: Auch SWV entschieden gegen Wahnsinnsforderung Matznetters!**

Als Triumph der Vernunft kann die einhellige Beschlussfassung über den Antrag der Wirtschaftsliste Salzburg (RFW-Salzburg) auf die Einführung einer Vermögenszuwachssteuer in der bisher bekannt gewordenen Ausgestaltung zu verzichten, bezeichnet werden, freute sich der Vizepräsident der Wirtschaftskammer Salzburg, KommR Helmut Haigermoser, anlässlich der Sitzung des Wirtschaftsparlaments der WK-Salzburg.

Haigermoser dazu: „Es ist uns gelungen, die Kollegen vom ÖVP-Wirtschaftsbund und vom SPÖ-Wirtschaftsverband von der Unsinnigkeit dieser hypersozialistischen Neidsteuer zu überzeugen. Nach einhergehender Diskussion wurde festgestellt, dass bereits ausreichende Mechanismen betreffend der Spekulationssteuer auf Aktien existieren und das, was bisher vom Ungeheuer Vermögenszuwachssteuer bekannt geworden ist, einem Totalangriff auf das hart erarbeitete Geld der Mittel- und Kleinverdiener gleichkommt.“

Selbst die Kollegen des SPÖ-Wirtschaftsverbandes leh-

ten die Wahnsinnsforderung ihres Präsidenten, Finanzstaatssekretär Dr. Christoph Matznetter, auf Ausweitung der Vermögenszuwachssteuer auf Grundstücke und Immobilien als Anschlag gegen die Häuslbauer entschieden ab!“

Konsens bestand auch über die Notwendigkeit einer massiven Entlastung des Faktors Arbeit für alle Erwerbstätigkeiten sowie die Dringlichkeit der Bundesstaatsreform mit einem umfangreichen Bürokratieabbau. In diesen Punkten konnte die Wirtschaftsliste Salzburg (RFW-Salzburg) ebenfalls mit ihren Initiativen zur Verwaltungsvereinfachung betreffend der Meldepflicht für EU-Bürger und einer Reparatur des Urlaubsgesetz betreffend einen breiten Konsens im Wirtschaftsparlament erwirken.

„Eine erste große Etappe ist erreicht, der Ball liegt nun bei den Regierungsparteien, diesen ernststen Mahnruf aus Salzburg umzusetzen,“ schloss der Landesobmann der Wirtschaftsliste Salzburg (RFW-Salzburg) Helmut Haigermoser.

OTS-Meldung, 30.4.2008

RFW-Vorarlberg: Elektronische Verzollung wird weiter behindert!**Utl.: LO Ing. Edi Fischer kritisiert Behinderung im Warenaustausch mit der Schweiz!**

Neben den bürokratischen Hemmnissen im grenzüberschreitenden Handwerksverkehr mit der Schweiz wird nun auch der Warenaustausch weiter behindert, so die Kritik des RFW-Landesobmannes von Vorarlberg und Vizepräsident der WK-Vorarlberg, Ing. Edi Fischer, am Nachbarn.

Fischer dazu: „Die Möglichkeit der elektronischen Zollabwicklung ist nach wie vor stark eingeschränkt. Die Zulassung zur Verwendung des so genannten EDECT-Programms, welches die elektronische Verzollung ohne viel bürokratischen Aufwand ermöglicht, bekommen nur Firmen, welche in der Schweiz eine Niederlassung haben. Alle anderen müssen weiter auf die derzeitige aufwendige Zettelwirtschaft zurückgreifen oder die teure Alternative über eine Spedition abwickeln.“

Für Fischer ist diese Vorgangsweise einfach nicht nachvollziehbar und ein weiterer Wettbewerbsnachteil im Europa der Regionen.

Anstatt Wirtschaftshemmnisse abzubauen, setzt die Schweiz offenbar weiter auf die Abschottung ihres Binnenmarktes und das muss auf europäischer sowie nationaler Ebene über bilaterale Verhandlungen so schnell als möglich beendet werden, so der RFW-Landesobmann, VP Ing. Fischer, abschließend.

**Wirtschaft darf nicht zum Spielball des Tiroler Wahlkampfes werden!****Utl.: Tiroler LKW-Fahrverbot während der EM-Spieltage ist Affront gegenüber Wirtschaft!**

Weder Verständnis für das sektorale LKW-Fahrverbot in Tirol noch für die Totalsperre der Inntal- und Brennerautobahn sowie der S16 für alle Transporte über 7,5 Tonnen während der EM-Spieltage gibt es seitens des RFW-Vorarlberg, so der RFW-Landesobmann, Vizepräsident der WK-Vorarlberg, Ing. Edi Fischer, in einer Aussendung.

Fischer dazu: „Die Tiroler haben im Wahlkampf offenbar den Bezug zur Realität völlig verloren. Die Nerven liegen blank und die Leidtragenden sind wieder einmal vor allem die Vorarlberger Export- und Transportwirtschaft, die massiv behindert wird. Die Tiroler Vorschläge sind kontraproduktiv und schaden enorm der gesamten Wirtschaft. Verkehrswege sind die Adern, die der Wirtschaftskreislauf unbedingt benötigt. Wenn diese unterbrochen werden, dann kommt es zum

Kollaps, zumal der mögliche Bypass über Bayern auch gefährdet ist und ein Umweg über die Schweiz enorme Kosten verursacht. Damit erleidet die Gesamtwirtschaft einen irreparablen Schaden.“

Dieser neuerliche Anschlag der Tiroler auf die Vorarlberger Wirtschaft hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Nachdem Worte nichts bringen, müssen nun Taten gesetzt werden. Da auch Interventionen aus Brüssel bisher nicht nutzen und Verkehrsminister Faymann nicht regulierend eingreift, wird das Land Vorarlberg wohl eine Verfassungsklage gegen Tirol einbringen müssen, schließlich geht es um die Beseitigung einer massiven Behinderung der Wirtschaft, so der RFW-Landesobmann, VP Ing. Fischer, abschließend.

OTS-Meldung, 7.5.2008

RFW-Kärnten: Ehrenurkunde an Stadtrat Albert Gunzer**Utl.: 25 Jahre Farben Gunzer**

Vizepräsident der Wirtschaftskammer Kärnten, Peter Mitterer, verleiht Stadtrat Albert Gunzer anlässlich des Jubiläums „25 Jahre Farben Gunzer“ die Ehrenurkunde, als Anerkennung für besondere Leistungen und der langjährigen Interessensvertretung der Kärntner Wirtschaft.

BO Ing. Fritz Amann und WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn gratulieren ebenfalls namens des gesamten Bundesvorstandes und aller Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle.

RFW-Wien: Initiative von VP Karl Ramharter - Ein Herz für behinderte Kinder

Utl.: Taxi- und Praterunternehmer und Schweizerhaus beschenken schönen Nachmittag!

Die bereits zur Tradition gewordene Fahrt der Wiener Taxiunternehmer mit behinderten Kindern aus Heimen in Wien in den Wiener Prater, die dieses Jahr unter dem Ehrenschutz von Kardinal Dr. Schönborn, Bürgermeister Dr. Häupl und der Präsidentin der Wiener Wirtschaftskammer, KommR Brigitte Jank, stand, war auch heuer wieder ein schönes Ereignis.

"Ich möchte mich auf diesem Wege bei allen Beteiligten bedanken, die zum Erfolg dieser Aktion beigetragen haben", freut sich der Obmann des Taxiverbandes und Vizepräsident der Wiener Wirtschaftskammer, Karl Ramharter. Und weiter: "Mein besonderer Dank gilt allerdings den Wiener Taxiunternehmern und Lenkern, die sich den ganzen Tag in den Dienst der guten Sache gestellt haben."

Die Kinder aus den Wiener Heimen wurden direkt im jeweiligen Heim abgeholt, Treffpunkt für die Taxis war der Westbahnhof. Der Konvoi der Taxis brachte die Kinder dann mit Polizeieskorte in den Wiener Prater. Neben einer Fahrt mit dem Riesenrad durften die Kinder auch viele andere Attraktionen gratis benutzen. Und die Kinder und deren Betreuer machten davon auch ausgiebig Gebrauch.

"Ein herzliches Danke möchte ich auch den Unternehmern des Wiener Praters aussprechen, die den Kindern



diesen unvergesslichen Nachmittag beschert haben", so Ramharter weiter. "Und auch der Familie Kolarik gilt mein Dank, fand doch die ebenfalls schon zur Tradition gewordene Jause zum Abschluss im Schweizerhaus statt. Alle Beteiligten haben angesichts der Freude der Kinder an diesem Ereignis versprochen, auch nächstes Jahr wieder eine Kinderfahrt zu ermöglichen", schloss Ramharter.

OTS-Meldung, 7.5.2008

Veranstaltung RFW-Steiermark und NAbg. Bernhard Themessl "Fairness für die Wirtschaft"

Datum: 29. Mai 2008
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Hotel Novapark, Fischeraustraße 22,
8051 Graz-Gösting

Der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender lädt Sie zu diesem Abend mit Diskussion und anschließendem Buffet herzlich ein.

FPÖ-Wirtschaftssprecher Abg.z.NR Bernhard Themessl stellt das brandneue Freiheitliche Impulsprogramm Wirtschaft vor und referiert über allgemeine Fragen und Probleme der Unternehmer.



Mehr Informationen finden Sie auf unserer Homepage - www.rfw.at!
Interesse an Eintragungen in das elektronische Branchenverzeichnis des RFW?
Mail an reinsperger@rfw.at bzw. 01/4082520-16

